



Niederschrift

21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.11.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:16 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	bis 18:25 Uhr
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Magdowski, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Klipp, GB 4
Herr Voehse, Die Andere
Herr Hütte, Tourismus Marketing Brandenburg GmbH
Herr Paffhausen und Herr Böhme, SWP
Frau Kleine, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Richter, KIS
Herr Weiberlenn, FB Schule und Sport
Herr Ernst, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt sowie Herr Dr. Mestwerth Rechtsanwalt
Herr Jetschmanegg, Büro des OBM

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. Oktober 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0456
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht
- 4 Externe Besetzung der Stelle 475 100 09 Sachbearbeiter/in Parkraum- und Verkehrsmanagement
Vorlage: 09/SVV/0987
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Touristischer Marketingplan 2010
Vorlage: 09/SVV/0994
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 5.2 Finanzierungskonzept Stadteilschule Drewitz
gemäß Beschluss: 09/SVV/0301
und MV: 09/SVV/0577
- 5.3 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179
monatliche BE im HA
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28. Oktober 2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße

Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 20. Sitzung des Hauptausschusses vom 28. Oktober 2009 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ eine Verständigung zur Diskussion um den Badstandort erfolgen solle. Gegen die so geänderte Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0456

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht

Eingangs erläutert Herr Exner die Vorlage und begründet die Notwendigkeit der Aufnahme der Bürgerbefragung in die Hauptsatzung. Im Ergebnis der Prüfung des Anliegens durch die Kommunalaufsicht gebe es von deren Seite keine rechtlichen Bedenken zur Aufnahme in die Hauptsatzung, allerdings entfalte die Umfrage und deren Ergebnisse keine Rechtswirksamkeit und sei auf Angelegenheiten von örtlicher Bedeutung beschränkt.

In der sich anschließenden Diskussion schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, dass die bisher nur auf den Hauptausschuss bezogenen Regelungen auch für die Stadtverordnetenversammlung möglich gemacht werden sollten.

Gegen das Rederecht des Stadtverordneten Voehse, Gruppe Die Andere, erhebt sich kein Widerspruch. Herr Voehse fragt, warum die Bürgerbefragung nicht durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werde und betont, dass er das für eine Entmachtung dieses Gremiums halte. Im Weiteren spricht er sich für eine Beschränkung auf die schriftliche Variante aus und gegen eine online-Befragung.

Herr Naber betont, dass die Fraktion Grüne/B 90 der Bürgerbefragung kritisch gegenüberstehe und direkte demokratische Elemente favorisiere, denn dafür seien die Repräsentanten gewählt worden. Da seine Fraktion der Bürgerbefragung skeptisch gegenüberstehe, werde sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Herr Utting führt aus, dass das Thema Bürgerbefragung in der Fraktion FDP/Familienpartei „heiß“ diskutiert worden sei und eine schriftliche Befragung favorisiert wurde.

Der Oberbürgermeister schlägt im Ergebnis der Diskussion vor, die Stadtverordnetenversammlung oder den Hauptausschuss grundsätzlich über eine Befragung beschließen zu lassen und somit nur den ersten Satz zu ändern. Die Diskussion über die Form der Befragung halte er für abstrakt; mit der Entscheidung über eine Bürgerbefragung sollte auch die Form festgelegt werden und insofern alle drei Varianten als Option erhalten bleiben.

Er stellt anschließend die ergänzte Satzung zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt möge beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam gemäß beigefügtem Wortlaut, einschließlich der Ergänzung im § 3a Satz 1, „Die

Stadtverordnetenversammlung und der Hauptausschuss **können** in Angelegenheiten der Landeshauptstadt Potsdam eine Befragung der Bürger/innen beschließen.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 4 Externe Besetzung der Stelle 475 100 09 Sachbearbeiter/in Parkraum- und Verkehrsmanagement

Vorlage: 09/SVV/0987

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 475 100 09 Sachbearbeiter/in Parkraum- und Verkehrsmanagement im Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen mit dem Stellenwert E 10 TVöD/VKA (ehemals IVa Fg 1c BAT-O) wird zunächst befristet für zwei Jahre und mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 36 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Touristischer Marketingplan 2010

Vorlage: 09/SVV/0994

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage und bittet Herrn Hütte, die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zu beantworten.

So fragt Herr Dr. Scharfenberg nach den Ursachen für den auffälligen Rückgang der Übernachtungen in Potsdam sowie Aktivitäten einer vertieften Zusammenarbeit mit Potsdam Mittelmark, Herr Schubert nach der Kampagne „Sommerresidenz“, Frau Knoblich danach, ob es bezüglich der Finanzierung für die Stadt Potsdam nun preiswerter oder teurer werde.

Herr Hütte führt dazu aus, dass der Rückgang bei den Übernachtungen bis zum Juni d. J. wieder aufgeholt und Defizite durch eine zunehmende Profilierung der Stadt Potsdam als touristisches Ziel ausgeglichen werden konnten. Die Zusammenarbeit mit Potsdam Mittelmark sei Gegenstand seines Antrittsbesuchs beim Landrat gewesen und man sei so verblieben, dass diese Problematik in Gesprächen mit dem Oberbürgermeister grundsätzlich erläutert werde. Das hänge aber auch von der finanziellen Beteiligung Potsdam Mittelmarks ab, so der Oberbürgermeister, denn daran seien Aktivitäten in der Vergangenheit bekanntlich gescheitert. Bezüglich der Kampagne „Sommerresidenz“ verweist er auf eine „Delle“ der Besucher in der Sommerzeit und den Versuch, diese durch eine Verzahnung Potsdam mit seinem Umfeld auszugleichen und 3 – 4 Tage-

Arrangements anzubieten. Ursache sei, dass städtetouristische Ziele in der Sommerzeit weniger angewählt werden. Bezug nehmend auf die Nachfrage von Frau Knoblich verweist Herr Hütte darauf, dass nach wie vor 75 % aus dem Markt selbst erwirtschaftet werden müssen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.2 Finanzierungskonzept Stadtteilschule Drewitz
gemäß Beschluss: 09/SVV/0301
und MV: 09/SVV/0577**

Frau Dr. Magdowski betont, dass die Stadtteilschule die „Gartenstadt Drewitz“ komplettieren soll und dafür ein höher Förderbeitrag zur Verfügung stehe, so dass 75 % der Kosten aus dem EFRE-Programm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) gedeckt seien. Die restlichen 25 % müssen als Eigenmittel aus dem Haushalt 2010 aufgebracht werden und um das zu leisten, werde es im Rahmen der investiven Maßnahmen Prioritätensetzungen geben müssen. Die Gesamtproblematik sei in einer Mitteilungsvorlage dargestellt, die in der nächsten Beigeordnetenkonferenz abschließend behandelt und anschließend an die Stadtverordneten ausgereicht werde.

**zu 5.3 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179**

Herr Klipp führt dazu aus, dass es in Kürze diesbezüglich Gespräche mit der Ministerin für Kultur geben werde so wie deren Zeitplan dies zulasse. Ein dementsprechendes Schreiben des Oberbürgermeisters werde vorbereitet, um dieses Thema zu platzieren und auf hoffentlich „offenere Ohren“ als bisher zu treffen. Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob der Friedhof der Gemeinde weiterhin als möglicher Standort im Gespräch sei, bejaht der Oberbürgermeister.

neu Badstandort

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass im Ergebnis des Workshops am 06.11.09 kein abschließender Standpunkt verabschiedet worden sei. Er bittet die Fraktionen, ihre Standpunkte und einen evtl. noch weiteren Informationsbedarf darzulegen.

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass er über den jetzt aufgemachten Zeitdruck überrascht sei. Im Rahmen des Workshops in der vergangenen Woche habe es eine Vielzahl von Informationen gegeben, die auch schriftlich ausgereicht werden sollten, denn sonst sei es nicht möglich, dies in der Fraktion weiter zu bearbeiten. Außerdem meine er, der Workshop diene einer ersten Diskussion, die jetzt weitergeführt werde. Für die Fraktion DIE LINKE sei ein Sportbad der Ausgangspunkt ungeachtet der am vergangenen Freitag gegebenen Informationen. Zentrale Punkte seien sowohl der finanzielle Umfang als auch der Standort, was Gegenstand einer Bürgerbefragung sein solle, denn es gebe ein ausgeprägtes Interesse der Bürgerschaft am Standort Brauhausberg und einen Beschluss des Hauptausschusses zu diesem Standort. Wenn Umfang und Standort geändert werden, sehe seine Fraktion die Notwendigkeit für eine Bürgerbefragung. Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob die Fraktion DIE LINKE noch weitere Informationen benötige und Diskussionsbedarf habe, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass ein Teil der Informationen zum Bornstedter Feld in den Unterlagen nicht zu finden, für eine Diskussion in der Fraktion aber notwendig seien. Der Oberbürgermeister sagt zu, die Stellungnahmen der Experten zur Verfügung zu stellen.

Herr Utting führt aus, dass der Brauhausberg schon jetzt nicht die derzeitigen

Anforderungen erfüllen könne. Deshalb plädiere die Fraktion FDP/Familienpartei für ein Sportbad mit Trainingsmöglichkeiten und öffentlichem Schwimmen sowie der weiteren Option, auch Freizeitelemente unterzubringen. Damit sei die Möglichkeit gegeben, auch Einnahmen zu generieren. In den zum Workshop ausgereichten Unterlagen waren Wertungen nachzulesen, wie die Experten zu ihrem Ergebnis gekommen seien. Seine Fraktion spreche sich für den Volkspark als Standort aus, weil die Möglichkeit für einen Badbau in der geforderten Größenordnung bestehe. Für den Brauhausberg sei eine Wohnbebauung vorrangig und seine Fraktion hoffe auch ohne Bürgerbefragung darauf, dass politische Interessen nach hinten geschoben und die pragmatischen Interessen gesehen werden.

Herr Naber betont, dass er die Informationen und die Diskussion als sehr dienlich für eine Entscheidung empfunden habe. Die Fraktion Grüne/B 90 spreche sich ebenfalls für ein Sportbad aus, das gewisse Wellnesselemente beinhalten könnte. Für den Standort im Potsdamer Norden sprechen einmal städtebauliche Gründe, um den Fuß des Brauhausberges als Stadtteil der Speicherstadt entwickeln zu können und auch betriebswirtschaftliche Gründe, denn die Biospäre sei günstiger als der Brauhausberg. Außerdem seien auch die zu erwartenden Betriebskosten entscheidender als die Investitionskosten und es sei besonders wichtig, dass eine Betriebskostenoptimierung stattfinde. Im Weiteren empfehle er, dass die Stadtverordneten die Ausschreibungsparameter vor der Ausschreibung in Augenschein nehmen sollten.

Herr Schröder informiert, dass die Fraktion CDU/ANW ein Sportbad mit 10 Bahnen favorisiere und da die Wirtschaftlichkeit damit allein nicht gegeben sei, auch Freizeitelemente zu prüfen. Der Standort sei unstrittig der BUGA-Park, weil es den Bevölkerungsaufwuchs im Potsdamer Nordraum gebe und der Standort in seiner gesamten Funktionalität gestärkt werde. Außerdem habe die Stadt mit dem BUGA-Gelände viel Geld investiert und aus städtebaulicher Sicht sei der Brauhausberg für eine Wohnbebauung zu nutzen. Er fordert dazu auf, die in Potsdam vorhandenen Flächen in einem Gesamtpaket zu betrachten und findet die Ergebnisse als Zwischenergebnisse akzeptabel. Eine Bürgerbefragung halte er demzufolge für entbehrlich.

Herr Schubert gibt als Zwischenstand für die Fraktion SPD zur Kenntnis, dass die Tendenz der Diskussion zum Sportbad gehe, mit der wünschenswerten Option, Freizeitelemente einzubeziehen, allerdings eher für die Zukunft. Dabei habe sich die Fraktion auch von den Argumenten der Nutzer leiten lassen, wie z. B. die behindertengerechten Möglichkeiten. Die Standortfrage sei nicht abschließend diskutiert, es werde aber der Standpunkt favorisiert, das Gelände am Brauhausberg aufzuwerten und den Erlös aus dem Verkauf der Fläche in die Finanzierung des Bades einzubeziehen. Die Bürgerbefragung sei ebenso noch in der Diskussion – hier wolle die Fraktion die öffentliche Diskussionsrunde dazu abwarten.

Herr Dr. Scharfenberg betont Bezug nehmend auf die Ausführungen der Fraktionsvertreter nochmals, dass es mindestens zwei Vorträge gegeben habe, die nicht in den Unterlagen zu finden seien. Eine Konstruktion wie die jetzige habe es bereits beim Niemeyer-Bad gegeben und die Stadtverordnetenversammlung habe sich im Zuge des Landtagsneu-/Schlosswiederaufbaus in dem dazu gefassten Begleitbeschluss zu einer neuen politischen Kultur und der Beteiligung der Potsdamer Einwohner verständigt. Eine Bürgerbefragung wäre eine Chance für die Schaffung einer ordentlichen Grundlage der weiteren Diskussion, denn schließlich bezahlen alle den Badneubau.

Dem widersprechen sowohl Herr Schubert als auch Herr Naber, die eine Parallelität nicht erkennen. Die einzige Fraktion, die sich dazu bereits festgelegt habe,

sei die Fraktion DIE LINKE und wie sie jetzt damit umgehe, sei nicht das Problem der anderen Fraktionen.

Der Oberbürgermeister stellt im Ergebnis der Diskussion fest, dass sich ein Konsens für ein Spaßbad mit der Erweiterung um Freizeit- und Wellnessteile zu einem späteren Zeitpunkt abzeichne, der Standort Heinrich-Mann-Allee nicht weiter vertieft werden müsse und das Niemeyer-Bad ad acta gelegt werden könne. Bezüglich des Standorts und der Befragung habe sich die Fraktion SPD nicht abschließend festgelegt; im Gegensatz zur Fraktion DIE LINKE. Die Vorträge der Referenten werden in Schriftform zur Verfügung gestellt.

Zum weiteren Verfahren schlägt der Oberbürgermeister vor, die Thematik in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 25.11.2009 aufzunehmen, eine klare Position zur Standortfrage abzugeben und die Frage zu erörtern, welche Verfahren und Kontexte es zur Bürgerbefragung geben könne. Er meine, es sei keine Diskussion ad infinitum, denn die Schwimmhalle Am Brauhausberg habe bis Ende des Jahres eine Betriebserlaubnis; eine Verlängerung sei nicht zu erwarten, wenn keine Lösung für eine Badsanierung oder einen –neubau in Aussicht gestellt werde.

Herr Schröder verweist darauf, dass die nächste Diskussionsveranstaltung am 27.11.2009 stattfinde und fragt, ob eine Behandlung in der Hauptausschusssitzung am 25.11. dann Sinn mache. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass man das am 25.11. sehen werde.

zu 6 Sonstiges

Unter Verweis auf Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek bis 2011 und des Alten Rathauses bis 2010 fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob es die in der Presse kommunizierten Finanzierungsprobleme gebe und wenn ja, bittet er um eine entsprechende Information.

Herr Richter entgegnet, dass mit dem Investitions- und Wirtschaftsplan des KIS eine Anpassung der Zielstellung erfolgt sei, was auch die StVV beschlossen habe. Bezüglich der Stadt- und Landesbibliothek habe es ein Investcontrolling und eine Bedarfsprüfung gegeben – erste Ergebnisse seien seit Oktober bekannt; die Entwicklungsplanung werde bis Jahresende überarbeitet und Anfang des Jahres präsentiert. Da eine Etage nun fremdvermietet werde, sei der finanzielle Rahmen durchaus „auskömmlich“. Beim Alten Rathaus sei die Fassadensanierung fertiggestellt; der 2. Bauabschnitt – die Sanierung des Knobelsdorffhauses – werde im Frühjahr 2010 beginnen und Mitte 2010 auch die Innensanierung. Bei der Hüllensanierung sei das Budget „rein baulich“ unterschritten worden; allerdings gebe es fördertechnische Probleme, so dass eine Lücke von 600.000 Euro zu schließen sei. Ebenso seien bei der Innensanierung 400.000 Euro nicht gedeckt.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob der Standort der Stadt- und Landesbibliothek gesichert sei, da bis auf planerische Aktivitäten nichts passiere, entgegnet der Oberbürgermeister, dass der Standort nicht in Frage stehe. Auf die Nachfrage, wann die Sanierung beider Objekte abgeschlossen sei, entgegnet Herr Richter, dass die Stadt- und Landesbibliothek trotz Verzögerungen bis 2012 fertiggestellt sei und das Alte Rathaus Ende 2011. Sollte es Verzögerungen geben, so der Oberbürgermeister, werde umgehend informiert.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob es bei dem vorgestellten Eingangsbereich im Verbinder bleibe, entgegnet Herr Richter, dass eine Abweichung von der Planung nicht vorgesehen sei und es den Eingang dort so geben werde.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die vereinbarte monatliche Be-

richterstattung zum Kaufhallenstandort Am Schlaatz und in Zentrum Ost und bittet um einen Sachstandsbericht. Herr Klipp führt dazu aus, dass es am morgigen Tag ein Termin mit REWE und dem Projektentwickler geben werde mit den vor 4 Wochen im Hauptausschuss benannten Inhalten. Favorisiert werde eine Variante, die einen Neubau auf dem bisherigen Standort möglich mache, was allerdings einer Übergangslösung bedarf. Zum endgültigen Vorschlag werde es dann aber auch eine Bürgerbeteiligung geben. Zum Standort Am Schlaatz gebe es keinen neuen Sachstand und keine endgültige Entscheidung. Er meine, die geforderte Variante „Schilfhof“ werde sehr schwierig werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, inwieweit die Planungen im Zentrum Ost Auswirkungen auf die Mensa habe, entgegnet Herr Klipp, dass das im Moment nicht abzuschätzen sei, weil die endgültige Entscheidung fehle. Er wolle keine Prognose abgeben, meine aber, dass eine Entwicklung auf dem bisherigen Standort unter Beachtung langfristiger Mietverträge und Investitionen der Eigentümer der in Rede stehenden Gebäude und Flächen am ehesten in Frage komme und dann wäre die Mensa nicht obsolet. Auf die Nachfrage zur Zeitschiene antwortet Herr Klipp, dass er auf eine prioritäre Entwicklung nach der morgigen Beratung hoffe, dies aber maßgeblich von der Flexibilität des REWE-Unternehmens abhängige.

Da der Integrationsgarten nun zum sechsten Mal Ziel eines Anschlags wurde, bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Information zum weiteren Vorgehen. Frau E. Müller verweist auf ein Gespräch am gestrigen Tag mit dem Kulturbund e. V. als Betreiber, dem Stadtkontor und der Polizei, in dem die Ereignisse ausgewertet und Konsequenzen besprochen wurden. So sollen am Integrationsgarten Bewegungsmelder installiert werden; Stadtkontor hole Angebote für eine Verstärkung der Zaunanlage ein. Die Stadt werde den Kulturbund e. V. bei diesen Maßnahmen unterstützen und 5.000 Euro aus dem Stadthaushalt zur Verfügung stellen.

Frau Dr. Müller bittet um eine Verständigung zum Workshop zur Jugend- und Soziokultur. In den Einladungen zu diesem Workshop werde auf eine falsche Drucksachenummer und ein falsches Beschlusdatum Bezug genommen, was zu korrigieren sei. Im Weiteren sei dieser Einladung eine Liste der Beteiligten beigefügt, in der sie entsprechend des Beschlusses der StVV die Vertreter des Ausschusses für Kultur und des Jugendhilfeausschusses vermisste. Kritisch anzumerken sei auch, dass wieder einmal das Gießkannenprinzip angewendet und von jeder Fraktion und Gruppe ein Vertreter eingeladen sei, unabhängig von deren Stärke. Bei allem Verständnis sei die Anwendung dieses Prinzips auf Dauer nicht händelbar und unbedingt zu überdenken. Entsprechend dieser Anregung sagt der Oberbürgermeister zu, sich ein entsprechendes Verfahren zu überlegen. Die Vertreter der genannten Ausschüsse, so Frau Dr. Magdowski, werden nachträglich eingeladen.